

für Halle vierteljährlich bei vorläufiger
Bestellung 2,50 M., durch die Post
3,25 M., auswärts, Zustellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Am amtlichen Bezugs-Berechnungs-
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unentgeltlich eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Händler nur mit Quellenangabe:
„Saale-Z.“ gefolgt.

Saale-Zeitung.

Hundertvierzigster Jahrgang.

weder die 6 gepaltene Koloniethe
oder deren Mann mit 20 Wg., solche
auf Halle mit 20 Wg., besendet und in
unten: Annahmestellen und allen
Kronen-Expeditionen angenommen.
Retarben die Seite 75 Wg. für Halle,
auswärts 1 M.

Erscheint täglich einmal,
Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Str. Bauhausstraße 17;
Verlags-Geschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 205.

Halle a. S., Mittwoch, den 3. Mai.

1911.

Bestellungen auf die „Saale-Zeitung“
werden unangesehen von allen Postanstalten und unseren
Expeditionen angenommen. **Der Verlag.**

Deutscher Reichstag.

164. Sitzung, Dienstag, den 2. Mai.

Am 1. Tage des Bundesrats: **Delbrück, Caspar.**
Präsident **Geel** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr
30 Min. Die erste Sitzung nach den Ferien mit Begrüßungsworten
an die etwa hundertfünfzig erschienenen Abgeordneten und mit
einem Nachruf auf den verstorbenen Bundesfürsten **Georg** zu
Schwanda-Sippe.

Die erste Lesung des Einführungsgesetzes zur Reichsverfahrensordnung.

Staatssekretär **Dr. Delbrück**: Dieses Gesetz, wie das als
zweiter Punkt auf der Tagesordnung stehende Gesetz betr. die Auf-
hebung des Hilfsfällengesetzes, sind erforderlich geworden durch die
Schaffung der Reichsverfahrensordnung. Das Einführungsgesetz
ist mehr von hervorragender wirtschaftlicher, noch hervorzuhebender
politischer Bedeutung; es gibt nur Mittel und Wege, um möglichst
einfach und leicht der Schwierigkeiten Herr zu werden, die der
Besitz in der Rechtsordnung naturgemäß für die Behörden, die
Verfahrensträger und nicht zum Mindesten für die Betroffenen
selbst mit sich bringt. Der Entwurf enthält zunächst Bestimmungen
über den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Die Hinterbliebenen-
versicherung soll am 1. Januar 1912 in Kraft treten;
notwendig wird das nur dann möglich sein, wenn die Reichsver-
fahrensordnung selbst erheblich früher verabschiedet wird; denn
es sind umfassende und zeitnahe Vorbereitungen nötig.

Abg. Trimborn (Str.): Das Einführungsgesetz ist, wenn auch
nicht von hervorragender wirtschaftlicher Bedeutung, darum doch ein
nicht unwichtiges Gesetz. In den ersten Jahren wird es eine größere
Bedeutung haben als die Reichsverfahrensordnung selber und
sich eingreifen in die Verhältnisse vieler Kreise. Die zutreffende
Bemerkung des Staatssekretärs über den Termin des Inkraft-
tretens der Hinterbliebenenversicherung ist eine Mahnung, die den
Beratungen der nächsten Wochen mit unserer Zeit möglichst haus-
hälterlich umzugehen. Von besonderer Bedeutung sind die Be-
stimmungen, die die Verhältnisse in der Kaffeeneu-
gestaltungen, die durch Vertrag geregelt sind, in die neue Rechts-
ordnung überleiten. Ich enthalte mich jeglichen Eingehens auf
die materielle Rechtsordnung dieser Angelegenheiten. Das wird Sache
der Beratung des Hauptgesetzes sein. Ich zweifle nicht, daß die
Ausprache dort sehr umfangreich und auch sehr tempera-
mentvoll sein wird. Aber es ist nicht nötig und nicht möglich,
das zweimal zu tun. Wir werden sorgfältig zu prüfen haben, ob
nicht gegenüber bestehenden Verträgen eine Beeinträchtigung vor-
liegt, die unter Umständen bis zur völligen Vernichtung wasser-
rechtlicher Vertragsrechte gehen kann. Wir werden in der Kom-
mission das, ich wiederhole es, sehr sorgfältig prüfen. Aber auf
der anderen Seite erkläre ich ebenso bestimmt, daß diese Rücksicht
auf bestehende Verträge bei uns nicht obaltet gegenüber solchen
Verträgen, die in fraudem legis abgeschlossen sind, um sich Vorteile
zu sichern, die man glaubt hat, unter dem neuen Gesetz unter
seinen Umständen erreichen zu können, also solchen Verträgen, denen
sich zu einem gewissen Grade die bona fides abzusprechen ist. Die
Ausschließung des Termins für das Inkrafttreten der
Hinterbliebenenversicherung sollte nach unserer Mei-
nung nicht dazu führen, daß die Hinterbliebenen derjenigen Ver-
fahrensträger, die zum 1. Januar 1910, dem ursprünglichen in
Aussicht genommenen Termin, und dem wirklichen Inkrafttreten
gestorben sind, geschädigt werden. Insofern wollen wir also dem
Gesetz die stärkste Kräfte geben. Hierzu können sehr wohl die
Mittel verwendet werden, die inzwischen aufgesammelt worden
sind.

Abg. Schmidt (loni.): Zu dieser Anrede hinsichtlich der
wirkenden Kraft der Hinterbliebenenversicherung hat
meine Fraktion noch nicht Stellung genommen; ich glaube aller-
dings aus finanziellen Gründen nicht, daß wir ihr
weder aus finanziellen Gründen, noch aus dem Profittumbegehren
der Krantentellen zu halten ist, darüber wird sich je jeder für selbst
ein Bild gemacht haben. Ganz notwendig ist die Besetzung
der unzulässigen Vereinbarungen, von denen ja auch
die Begründung der Vorlage ein Muster bringt. Das sollte zwar
äußerlich legal, aber innerlich in fraudem legis zustande gekom-
menen Verträge befreit werden, ist selbstverständlich. Fraglich
ist nur, ob man dazu den Weg der Vorlage wählen soll oder den
Weg des Gesetzes. Ich würde mich für die Vorlage entscheiden, die
Abänderung der Hinterbliebenenversicherung und der Strafbeslim-
mungen des Krantentellenversicherungsgesetzes zu befristet. Das wird
in der Kommission zu prüfen sein. Von sachlichem Standpunkt ist
jedoch dagegen zu sagen, daß Angelegenheiten, deren Fälligkeit für die
Väter übertragene Stelle nicht ausreicht, und die lediglich durch
unzulässige Einflüsse hineingebracht sind, entfernt und in Stellen
gebracht werden, die ihren Fälligkeiten entsprechen. Es wird sich
daraus handeln, eine ersatzweise Prüfung dieser Verhältnisse zu
ermöglichen und gegebenenfalls für die Betroffenen Nachmittel
anzustellen.

Abg. v. d. Hoff (Sag.): Eine Bestimmung wie die über die Kaffe-
neuegestaltungen ist bisher nur in revolutionären Zeiten, nur als Akt
der Revolution gemacht worden, eine Befreiung wasser-
rechtlicher Rechte. Wie Autoritäten erklären sie für unmöglich,
selbst bei dem Reaktor Professor **Jorn** erklärt, daß der Rechtsstaat
sich jedes ungesetzlichen Eingriffs in das Eigentum und in Privat-
rechte zu enthalten hat. Und dieses Vorgehen ist ungesetzlich. Bei
der Wertungswahrung vertritt der Reichstag diesen Standpunkt
in bezug auf die Landesgesetze. Beim preussischen Einkommen-

steuergesetz wurde den Reichsumittelbaren eine große Entschädi-
gung gegeben; freilich das sind Fiskus und Grafen. Die Ent-
schädigung — das ist die Arbeit hinter den Kulissen! Das
ist die Umwandlung; die Regierung sollte einen solchen Vor-
schlag machen und dann würden die bürgerlichen Parteien sich als
Verteidiger der bürgerlichen Rechtsordnung hinsetzen, und eine,
ganz ungenügende, Entschädigung beantragen. (Widerpruch.) Ich,
in den Jahren, in denen ich mit Ihnen hier zusammenarbeite, habe
ich an solche Dinge glauben gelernt. Wenn es nicht zu vermeiden
ist, werde ich auch für die Entschädigung eintreten; aber hier han-
delt es sich um die Leistungsfähigkeit der Krantentellen. Bei
einer so unerhörten Vergeßlichkeit sind Sie verpflichtet,
Material zu bringen, aber Sie haben keines. Die Ver-
träge bestehen aus dem Jahre 1906 und erst seit ein Jahr der Notwehr
gegenüber den Dröhungen, des damals allmächtigen Geh. Rats
Hoffmann. Da ist denn die Unthätigkeit in die Verträge auf-
genommen worden. Ich habe einen Antrag, zu erklären, daß die
Verträge über das Ziel hinausgegangen sind. Aber das
ist keine sozialdemokratische Macho. Die „Kölnische Volks-
zeitung“ stellt das für Köln und das Rheinland ausdrücklich fest;
der Vorsitzende der Kölner Bezirksgruppe der Ortskrantentellen
sei ein Zentrumsmann. (Hört! hört! bei den Soz.) In der Kom-
mission wurde an dem Tage, als diese Frage verhandelt wurde,
ein Artikel der „Leipz. N. N.“ verteilt, wonach der einzige nichtsozial-
demokratische Beamte der Leipziger Kasse, der Kaffierer, von dem
sozialdemokratischen Vorstandsmitgliedern zur Verweisung ge-
bracht, zum Selbstmord getrieben und die Arbeitgeber in
Kriegsnotstand haben, worüber Herr Frank erklärt, der einzige Vor-
wurf, der dem sozialdemokratischen Kassenvorstand zu machen
ist, sei, daß er zu nachsichtig und milde gewesen sei (hört! hört!
bei den Soz.). In der Kommission machte der Regierungskom-
missar Mitteilung von einem Plakat in der Berliner Ortskranten-
kasse, das zum Austritt aus der Landeskrante kassierere. Das
sah ich in der Kommission, aber dieser vergibt hinzuzufügen, daß
die Sache erfinden war (hört! hört! bei den Soz. **Abg. v. d. Hoff**:
Arnsberg: Der Bericht ist doch zur Korrektur vorgelegt worden!)
Als wir am 26. April aus unserer Heimat zur Verfertigung der
Berichte hier waren, war ein Teil der Berichte noch gar nicht
fertig; diese Art der Berichtserstattung muß feigenhaft werden.
Herr **Böcker** nimmt ja überhaupt eine eigenartige Stellung ein; er
mit Giesbrecht vom Krantentellenkassenleiter in die händliche
Kommission gewählt worden, und nun tritt er mit Begierde
für die Entschädigung der Arbeiter ein. Professor **Frank** hat dieser
Tage erklärt, es ist ein Ausnahmefall gegen die Sozialdemokratie.
Früher hatte man den Mut, das auszusagen. Der Staat ist das
Ausführungsorgan der Schatzkammer und deshalb müssen wir ihn
mit allen Mitteln bekämpfen. (Leb. Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär **Dr. Delbrück**: Die Bestimmungen, die Herr **Hoch**
so eifrig bekämpft, sind nichts als die Konsequenz dessen, die die
Reichsverfahrensordnung mit überwiegender Mehrheit bereits
beschlossen hat. Sie bezwecken eine zweckmäßige Kontrolle der Un-
gesetzlichkeit und der Neutralität der Kaffeverwaltung. Das Ein-
führungsgesetz muß dafür sorgen, daß diese Befugnisse nicht für die
nächsten 25 Jahre auf dem Papier liegen bleiben. Nach den Aus-
führungen des Vordröners konnte man glauben, es sollten nur
sämtliche Beamten der Krantentellen entlassen werden, die der
sozialdemokratischen Partei angehören. Wo liegt das? (Lachen
bei den Soz.) Die Bestimmung des Gesetzes ist ja ausdrücklich die
Ausweisung der rechtlichen und natürlichen Anstellungen und
Mitteln der Beamten außerhalb des Dienstes. Woherworbene
Rechte sollen nicht verlegt und Verträge nicht geändert und ange-
griffen werden, gegen deren Inhalt Einwendungen nicht zu er-
heben sind. Herr **Hoch** hat ja selbst anerkannt, daß eine Reihe ver-
traglicher Bestimmungen unzulässig sind. Gelingt es, das Ziel auf
dem Wege zu erreichen, den Herr **Trimborn** angedeutet hat, so
würde ich kein Bedenken tragen.

Abg. Horn-Steuf (nl.): Schon jetzt haben wir eine Aussprache
über das Hauptgesetz. Gedulden Sie sich doch noch ein wenig.
Gegen die Bestimmungen über die Kaffebeamten haben wir grund-
sätzliche Bedenken nicht. Wir werden die Frage aber eingehend
prüfen und dafür sorgen, daß Gerechtigkeit, Billigkeit und Wohlwollen
gegenüber den Kaffebeamten zur Geltung kommen. Wir gehen
ohne gebundene Mandatskarte mit den besten Absichten an die Kom-
missionsberatungen.

Abg. Behrens (wirtsch. Sag.): Die berufstätigen Wünsche der
Beamten müssen berücksichtigt werden. Auf eine Streikerei mit
Herrn **Hoch** lassen wir uns nicht ein, die ganze Geschichte kommt ja
dem Hauptgesetz noch einmal. Woherworbene Rechte wollen wir
nicht beseitigen, Mißstände aber aus der Welt schaffen. Im Lande
herrscht gar nicht die Entrüstung, die man uns hier vorhält.

Abg. Dore (Sp.): Gegen den beabsichtigten Eingriff in die be-
stehende Rechte sind erhebliche Bedenken. Natürlich soll eine neu-
trale Leitung der Kaffe gewährleistet werden. Aber es ist doch
ganz unbillig, wenn man jetzt die Verträge einfach vernichten
will. Die Entschädigungsfrage ist von Wichtigkeit. Man sollte
nur Beamte entlassen, wenn Unterlagen vorliegen, die ihre Un-
fähigkeit beweisen. Die Selbstverwaltung der Kaffe darf nicht
erheblich beeinträchtigt werden. Die Kommission muß diese
Rechtsgründe schaffen.

Abg. Schmidt (loni.) weist als Vorsitzender der Reichsverfä-
hrungs-Kommission die Vorwürfe des Abgeordneten **Hoch** gegen die
Berichterstattung zurück. Die sozialdemokratische Behauptung, daß
die Arbeiter durch das Gesetz enttäuscht werden sollen, ist ganz hin-
fällig. Wir werden die Vorlage vorurteilsfrei prüfen, wobei
erworbene Rechte nicht beeinträchtigt, aber Mißstände nicht
dulden.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Eine Abwehr gegen die ge-
schlossenen Verträge der Konventionen, des Zentrums und der
Nationalliberalen wäre in der Kommission vergeblich gewesen,
daher waren wir mit dieser Art der Berichterstattung einverstanden.
Der **Kammer** bleibt dabei, daß es sich um ein Ausnahmefall gegen
die Sozialdemokratie handelt.
Damit schließt die Aussprache. Die Vorlage geht an die
Verfahrenskommission.

Die Vorlage über die Aufhebung des Hilfsfällengesetzes.
Staatssekretär **Dr. Delbrück** leitet die erste Lesung ein. Bei

dem bisherigen Entschluß haben sich erhebliche Mißstände ergeben.
Der Zustand war unerträglich. Daher sollen die Hilfsfälligen unter
das Versicherungsauflagegesetz gestellt werden.

Abg. Trimborn (Str.) stimmt der Vorlage im großen und
ganzen zu.
Ein Beratungsantrag wird angenommen.
Vizepräsident **Schulz** schlägt vor, die nächste Sitzung
abgehalten Mittwoch 1 Uhr; Redezeit des **Abg. Severing**
(Soz.) über einen Ordnungsruf; Hilfsfälligen-Gesetz.

Abg. Severing (Soz.) erklärt, daß er keinen Vorwurf der
Büge anlässlich der Aussprache über die Marinekrantente nicht
gegen das Reichsministerium habe richten wollen, auch nicht gegen
den Staatssekretär persönlich.

Vizepräsident **Schulz**: Hätten Sie damals diese einwand-
freie Erklärung abgegeben, so würde ich den Ordnungsruf nicht
erteilt haben.
Abg. Severing zieht darauf seine Beschwerde zurück.
Schluß 1 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

64. Sitzung, Dienstag, den 2. Mai, mittags 12 Uhr.

Am Ministertische: v. **Dallwitz**.
Präsident **v. Krosigk** eröffnet die erste Sitzung nach den Dier-
ferien um 12 Uhr 20 Min. mit einem Nachruf auf die **Abg. B.**
Borgmann (Soz.), **v. Regelein (loni.)** und **Reinecke**
(loni.). — Das Haus ehrt das Andenken der Verstorbenen durch
Erheben von den Sitzen.

Erste Beratung der Vorlage betreffend Abänderung der
Gemeindeordnung für die Rheinprovinz.

Abg. Ding (Str.) bedauert, daß das Herrenhaus die in der
Regierungsvorlage vorgesehene Einführung der beschränkten
Öffentlichkeit für die Gemeindeberatungen abgelehnt hat. Er
fühlt eine Gefahr in der Öffentlichkeit der Verhandlungen der
Gemeinderäte nicht, seine Bedenken, daß sie erheblich wäre.
Der **Kammer** befragt weiter, daß nicht eine organische Änderung
der rheinischen Landgemeinden vorgehen sei, vor allem
eine Änderung in der Stellung des Landbürgermeisters. Den
juristischen Personen sollte kein Stimmrecht in den Gemeinden
gewährt werden.

Minister v. Dallwitz: Das Haus hat in einer Resolution
selbst nur die Abänderung einzelner Bestimmungen der Land-
gemeindenordnung für geboten erklärt. Entgegen dieser Wahr-
sartung ist keine organische Änderung gekommen. Bei den juristischen
Personen handelt es sich um die Zweckgesellschaften, die in
vielen Gemeinden die Hauptträger der Kassen sind. Es wäre un-
billig, ihnen eine Mitwirkung an Gemeindegeldangelegenheiten zu
verweigern. Auch hat sich die Bürgermeisterversammlung außer-
ordentlich bewährt. Eine Änderung hierin wäre nicht von
Nutzen.

Abg. Hakenrath (loni.): Auch wir haben gegen Einzelheiten
der Vorlage Bedenken. Zur Streichung der Öffentlichkeit der
Gemeinderatssitzungen durch das Herrenhaus werden wir erst in
der Kommission Stellung nehmen. Wir hoffen, daß das Ergebnis
der Kommissionsberatung der schönen Rheinprovinz zum Segen
gereichen wird.

Abg. Dr. Gottschalk (nl.) behauptet, daß zur Beratung der
Vorlage nur kurze Zeit zur Verfügung habe. Das Herrenhaus
habe sich ja im Reben sehr beschränkt, es hätte aber mit dieser
Verhandlung nicht so lange zögern sollen. Ob seine Veränderungen
nützlich sind, sei eine Sache für sich. Zu bedauern sei, daß den
Frauen ein Stimmrecht nicht eingeräumt ist. Dagegen sei zu be-
grüßen, daß den juristischen Personen eine Vertretung im Ge-
meindebeirat gewährt wird. Die Öffentlichkeit der Gemeindebe-
ratungen sollte in beschränkter Umfang zugelassen werden.

Abg. Dr. v. Werra (Str.): Die Vorlage stellt sich im richtigen
Nahmen. Wir sind nicht geneigt, hierüber hinauszufragen. Wir
halten auch an der Beschränkung fest, daß die Bürgermeister ernannt
werden und beantragen Überweisung der Vorlage an eine
Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Eichhoff (Sp.): Der zunehmende Einfluß der Industrie
in den Gemeindevertretungen liegt in der natürlichen Entwicklung
der Dinge. Dieser Einfluß in der Gemeinde ist im Vergleich zu
den Steuerleistungen der Industrie zu gering. Die Öffentlich-
keit der Gemeindeberatungen ist ungenügend notwendig.
Der Kommissionsberatung stimmen wir zu.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.): Es müßte hier ganze Arbeit ge-
macht werden, die Vorlage bringt aber nur Nuldwert. Das Prin-
zip der Weisheitsregeln sollte ebenso abgeschafft werden wie das
Hausbesitzprivileg. Gerade auf dem Gebiet der Gemeinden
haben die Frauen schon Großes geleistet. Da sollte man ihnen
nicht das Wahlrecht vorenthalten. Wir lehnen die Vorlage ab.

Abg. Strupp (Str.): Eine durchgreifende Reform der Land-
gemeindenordnung wäre der Vorlage vorzuziehen, da der Grund
und Boden im Rheinland immer mehr der Industrie anheim fällt.

Abg. v. d. Hoff (Sag.): Die historische Entwicklung der
rheinischen Landgemeinden weist diesen eine besondere Stellung
zu. Insbesondere ist gerade das System der Landbürgermeister
für diese Gemeinden typisch. Den Gemeinden noch mehr Aufgaben
zugewiesen, als bisher, ist angeht als das kommende Zweier-
handelsgesetz nicht notwendig. Das Ernennungssystem bei den
Landbürgermeistern hat sich bewährt; die Einführung des Wahl-
systems ist im Interesse der Aufrechterhaltung der staatlichen
Autorität nicht empfehlenswert. Der „rheinische Büttele“
hat viel Gutes gewirkt. Würde das Wahlsystem eingeführt, wie
es das Zentrum wünscht, so würde gerade der Einfluß der In-
dustrie gefördert werden, was ja das Zentrum nicht will.

Abg. Dr. v. d. Hoff (Str.): Die Auffassung, daß der al-
ternative Satz „suum cuiusque“ an der Rheinprovinz nicht gilt,
vermeide auch dieser Entwurf nicht zu sein. Wir wollen

Das Stellenvermittlungsgesetz bezweckt eine allmähliche Beseitigung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung, entsprechend der Ausbreitung und dem Erstarben der öffentlichen gemeinnützigen Arbeitsnachweise. Zur Erleichterung eines leichteren Vorgehens habe der Verband, wie im Jahresbericht erwähnt, eine Enquete über das Stellenvermittlungsgesetz veranlaßt. Diese habe ergeben, daß von den 455 vorhandenen Stellenvermittlern über die Hälfte in Landkreisen wohnen, während die überwiegende Mehrzahl der Vermittlungen in den Stadtkreisen zustande gekommen sei. In Magdeburg, Halle und Erfurt allein seien zwar nur 30 Proz. der Vermittler, aber über 60 Proz. der Vermittlungen in den Großstädten heute für die Bevölkerung der Umgegend lie, habe die Bearbeitung des Geschäftsbuches eines der bedeutendsten Vermittlungsgeschäftes in Magdeburg ergeben. Von den 896 im Jahr 1910 vermittelten Personen waren fast 80 Proz. im Besitz eines auswärts ausgefüllten Dienstbuches, stammten also von außerhalb. Von diesen erhielten mehr als zwei Drittel Stellen in Magdeburg. Die gewerbsmäßigen Stellenvermittler haben auch die Rückvermittlung aufs Land in gewisser Weise befördert. Ueber 38 Proz. der Vermittlungen waren Rückvermittlungen nach auswärts, hauptsächlich nach den benachbarten Kreisen. Dieser Zweig des Geschäftes scheint sehr einträglich zu sein, denn Gebühren von 30 bis 40 Mark seien nichts Seltenes gemein. Auf Grund eingehender Schätzungen könne gesagt werden, daß in Magdeburg und Halle 1500 bis 2000 Vermittlungen nach außerhalb seitens der gewerbsmäßigen Stellenvermittler stattfinden. Dieser Tätigkeitsgegenstand hätten nur die öffentlichen Arbeitsnachweise in Magdeburg und Erfurt eine einigermaßen ebenbürtige Vermittlung aufzuweisen. Besonders in den mittleren und kleineren Städten liege die Sache sehr im Argen.

Eine Besserung sei nur durch den Ausbau der öffentlichen, gemeinnützigen Arbeitsnachweise, besonders in den mittleren und kleineren Städten zu erwarten. Wenn dann ein Hand in Hand arbeiten der großstädtischen und ländlichen Anstalten angeht, so werde es gelingen, eine Regelung des Arbeitsmarktes, der teilweise noch von der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung beherrscht ist, entsprechend den wirtschaftlichen Bedürfnissen zu erzielen.

Der Vorbericht schloß die Versammlung, indem er dem Wünsche Ausdruck gab, daß die Anwesenden dahelmit unter der Prüfung der örtlichen Verhältnisse in Erwägung ziehen möchten, in welcher Weise an den einzelnen Orten etwas zu erreichen sei!

Halle und Umgebung.

Die letzte Bitte.

„Grenzenloses Mitleid mit allen lebenden Wesen ist der festeste und sicherste Bürg für das sittliche Wohlfühlen und daher feiner Kulturstoff.“

Als Schopenhauer diese Worte niederschrieb, der er die uralte Sanskritformel „at — twam — asi“, d. h. „dies bist du“, als Ausdruck der Erkenntnis, die aus Mitleid hervorgeht, zur Grunde legte, verband er damit die Weltanschauung, daß Mitleid nie tatsächlich geübt werden könne. Letzte er heute, er müßte seine Anschauung forcieren. Denn selbst die charitativen Betreibungen des Margaretenabends werden in Engbrigkeit und Verbildung gerade von der Gruppe gloriert, die nicht zuletzt, wenn die Not an ihre Pforte klopf, nach Hilfe verlangt.

Aber auch die kühle Ablehnung, auf dem Gebiete der Wohltätigkeit Hand in Hand zu gehen mit der bürgerlichen Gesellschaft darf keinen der Bemittelteren abhalten, am Margaretenabend zu Gunsten der Kinder Frühlingsblüten zu kaufen, die von freudigen, nimmermüden Mädchenhänden dem Kaufjanten dargereicht werden. Als der erste Margaretenabend in Brüssel stattfand, wo die Margaretenblüte gewöhnlich wurde, weil sie die Lieblingsblume der belgischen Königin ist, war alle Welt freudig überrascht über das Band gegenseitiger Sympathien, mit denen sich reich und arm begegneten. Es war ein Wettstreiten im Wohlwollen, ein Rivalfahren im Schenken; denn man wußte: es galt dem Kinde, das wie die Blume der Sonne unserer Fürsorge und Liebe bedarf. Ruft segnend die Hand moßtuender Menschen auf dem Haupte des Kindes, schauen wir in das Kinderauge, — dann wird uns erst die Größe und Wahrheit jenes von Schopenhauer gewählten Wortes „Das bist du“ — so recht klar. Ein Stübchen unseres eigenen, vielleicht nicht immer sonnigen Lebens steht vor uns. Jener Abschnitt, so weit er auch zurückliegt, bedeutet für uns Erwaesene Gebilde, in die wir uns, je tiefer die Sonne sinkt, — desto lieber zurücksehen.

Streicht dem Kinde die Fältchen von der Stirn, sorgt um die Jugend, — lauft Margareten! Weißt die Mädchen mit den Blumensträußen nicht zurück, die auch heute entgegneten, — bringt Sonntagslaute mit zum Margaretenabend!

Zähne heraus!

Wie glauben im Sinne vieler zu handeln, wenn wir an die halbesche Einwohnerzahl die Bittrechten, dem heutigen Margaretenabend durch Legen in und ein besonderes festliches Aussehen zu versehen. — Deshalb: Die Zähne heraus!

Die Dienstbotenfrage.

Man soll sich nicht um andere kümmern — gewiß, das ist ein richtiges, zu beherzigendes Wort — wenn es sich um Neugierde und taktlose Einmischung handelt; aber unbedenklich, wo es warmergehe Teilnahme gilt. Wirkliche Teilnahme, wahres Empfinden strömt aber nur aus dem Ursprung aller Kraft und allen Lebens: aus der herzengewonnenen, sonnigen Nächstenliebe. Und Frauenkraft und Frauenliebe — schließt sie nicht Mitleid über ihre tiefsten Wurzeln, treibt sie nicht, Teilnahme entgegenbringend, ihre schönsten Blüten? Man sage nicht, daß eine gelichtete Lage gegen fremdes Leid, gegen bittere Not auch im eigenen Geschick unempfindlich mache: wo es der Fall ist, trägt meistens die Erziehung die Schuld.

Wenn da nicht genügend sozialer Sinn, soziales Bewußtsein hineingetragen ist, bleibt stets der Interessentzweck ein eng begrenzter.

Dielem Mangel abzuheben, schufen weitentende Frauen vor Jahren — besonders von evangelischen und katholischen Frauenbund — eine dreifache Organisation, die sich in folgenden Weise bemächtigt:

1. Der „Hauswirtschaftlichen Hausdienstausschuß“. Ihm ist man vor allen Dingen die Durchführung des neuen Tarifes, der die Beziehungen zwischen Herrschaften und Dienstmägden zu regeln versucht, und das ist gelungen. Ferner ist damit eine Stellenvermittlung vorhanden. Die Zahl, wie oft diese mit Erfolg in Anspruch genommen ist, spricht für sich.
2. Nennen wir den „Hausfrauen-Verein“. Bei den Zusammenkünften gibt jede Hausfrau ihre Ansicht über die nie verumtundene Lage; Dienstbotennot und deren Abhilfe kund. Und die Erfahrungen dieser werden so von großem Nutzen. Durch solchen Austausch kann am besten Aufklärung geschaffen werden und ungewollt flieht wieder der Wunsch in die Feder: Wäghen doch alle Hausfrauen ihm angehören, möchten sich alle Stände daran beteiligen, es würde noch viel mehr Segen aus ihm hervorgehen.
3. Den „Hausgehilfinnen-Verein“. Auch der stellt sich hohe Ziele; indem er an der Sebung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der jungen Mädchen arbeitet, gibt er ihnen zugleich Achtung vor ihrem dienenden Stande. Seutantage wird noch niemand mehr dieand; der selbst in die Berufung gekommenen Mädchen ist es wert, daß unsere Tochter nicht doch nicht bringen, daß wir ohne Dienstboten fertig würden. Doch bewertet ist noch im Hausgehilfinnenverein werden, daß er den unerfahrenen jungen Mädchen in jeder Weise Schutz und Beistand gegen die vielen Großstadt-Gefahren bietet. Nur wenn die humanitären Einrichtungen zum Schutz der weiblichen Jugend bekannt und gefördert werden, wird es gelingen, die sozialdemokratischen Verheungen unerschütterlich zu machen. Wohin diese führen, hat uns vor wenigen Wochen der „Sozialdemokratische Frauentag“ erschreckend klar vor Augen geführt.

Vereins- und Versammlungsnachrichten.

Der 30. Bezirksverband von Glaieringen Thüringen, der Provinz Sachsen und Anhalts findet am 7. Mai im Schützenhaus zu Pöthen 1. Th. statt. Von Halle aus liegen dazu folgende Anträge vor: Der Thür. Verbandstag wolle beschließen, daß aus dem Kassendebatte des Thüringer Verbandes alljährlich die Rollen der Kreis- und der Provinzialverbände, sowie die Rollen zum Deutschen Verbandstag die kleinen dem Thüringer Verband angehörenden Innungen, sowie die vielen Einzelmitglieder vertreten sollen. (Ueberhaupt wäre es erforderlich, die Frage der Vertretung der Einzelmitglieder auf dem Thür. Verbandstag einmal zur Sprache zu bringen, da auf dem Deutschen Verbandstag eine Vertretung von Einzelmitgliedern überhaupt nicht stattfinden kann.) — Der Thür. Verbandstag möge dahin vorstellig werden, daß % Glas bestimmter Marken ohne Aufschlag von den Händlern auf Wunsch geliefert werden. — Die Glaieringen Halle trägt bei den anderen, dem Verband angehörenden Innungen an, wie in denselben das Gesellschaftsrecht ausgeführt wird und bittet zum Verbandstag einen Bericht darüber bekannt zu geben. (In Halle ist es üblich, daß die aussernden Lehrlinge ein drei- oder vierst. Fenster, mit oder ohne Sprossenstellung, jedoch über Hobel in der Holzarbeit herstellen, in fremder Werkstatt, die von der Prüfungskommission vorgeschrieben ist; auch die Zeichnung des Fensters ist vor Beginn der Holzarbeit dort zu machen. Ein Anschlag des Fensters hat bisher nicht stattgefunden.)

Der Kirchengesangverein Diemitz, der sich schon wiederholt in den Dienst der Wohltätigkeit gestellt hat, hält, worauf nochmals hingewiesen ist, am Donnerstag, den 4. Mai, abends 8 Uhr im Deutschen Kaiser ein größeres Wohlthätigkeitskonzert zum Besten des Vaterländischen Frauenvereins ab.

Verband Halle-Thüringen der Deutschen Reichsfecht-schule.

Die diesjährige Generalversammlung stellte für das Jahr 1910 einen Reinertrag von 5475 M. fest.

Neue Ortsgruppen haben sich in Burgliebenau und Stollsdorf sowie in Athen (Franz Professor Sagarow) gebildet. Eine Reihe aus der Verammlung wie von außerhalb eingegangener, inhaltlich gleichlautender Anfragen waren folgendermaßen zu beantworten:

Der Verband hat ungedacht seines erst kürzlich erfolgten Bestehens bereits beträchtlichen Nutzen an der Deutschen Reichsfecht-schule gehabt. Eine große Anzahl armer halbtägiger Weisen, die sich zum Teil heute bereits in guten Lebensstellungen befinden, sind in den preisgeringsten Anfängen der Deutschen Reichsfecht-schule kostenfrei trefflich für das Leben vorgebildet worden. 14 arme Weisen befinden sich gegenwärtig in Erziehung der Reichsfecht-schule. Entschendend für die Aufnahme eines Kindes in ein Reichsfecht-schule ist einzig und allein dessen Hilfsbedürftigkeit.

Auf der Hauptversammlung der Deutschen Reichsfecht-schule im Juni 1906 zu Satzwehl wurde mit den Stimmen sämtlicher Vertreter aller Verbände und Ortsgruppen die

Errichtung eines Reichsfecht-schule zu Halle

beschlossen. Mit dem Bau wird nach Fertigstellung desjenigen in Bromberg begonnen werden.

Der Verband hat satzungsgemäß alle seine Gelder an die Zentralstelle in Magdeburg abzuführen. Nur allein vermöge dieser Zentralstelle war es der Deutschen Reichsfecht-schule möglich, in kurzer Zeit Großes zu schaffen und z. B. auch weit über die Leistungen des Verbandes Halle-Thüringen hinweg arme halbtägige Kinder dieses Verbandes in Erziehung zu nehmen und selbst die Errichtung eines Reichsfecht-schule in Halle ins Auge zu fassen. Die Gelder des Verbandes werden nicht allein zur Erziehung armer halbtägiger Weisen, sondern auch schon als Rechenbetrag für das zu erbauende Reichsfecht-schulehaus angedreht. Es ist somit erwiesen, daß der Verband seine Gelder gar nicht besser anlegen kann, als wenn er im Rahmen der Satzungen der Deutschen Reichsfecht-schule verbleibt. Trotz größter Unterstützungen seitens der Bürgerfucht-schule würde der Verband nicht in der Lage sein, aus eigenen Mitteln das Reichsfecht-schule, dessen Bau und Fundierung den gemachten Erfahrungen zufolge die Summe von 700 000 Mark betragen, in absehbarer Zeit erledigen zu können, sondern es ist erforderlich, daß der größte Teil der genannten Summen zum Vorteil der Stadt von der Deutschen Reichsfecht-schule aufgebracht wird. Es würde daher sehr verheißungsvoll sein, wenn man jetzt die Gelder hier zurückerhalten könnte. Die natürliche Forderung würde sein, daß der Zeitpunkt des Baues hinausgeschoben wird. Der Bau ist auch nicht in das Verbleiben einer Person oder einer Korporation gestellt, sondern er kann nur einzig und allein durch den Verband Halle-Thüringen in Verbindung mit der Deutschen Reichsfecht-schule auf der alljährlich stattfindenden Hauptversammlung herbeigeführt werden. Alle gegenteiligen Kombinationen sind haltlos und irrig.

Außer einer Menge von Sammelobjekten wurden 104,60 M. abgeliefert. Die Jubiläumsaufführungen brachten 719,60 M., und

als Reiz 35,10 M. Reinertrag. Zeitgenannte Summe, welche noch nicht abgeführt ist, soll umgehend nachgeholt werden.

Durch Bubendünde ist wiederum eine Sammelreise entwandert worden. In dem demnächst abgubaltenden Reichsfecht-schulekapitel wird, erhaltener Mitteilung zufolge, als Vertreter der Oberreichsfecht-schule Herr Regierungsrat Rörbe-Magdeburg persönlich teilnehmen. Das Verprechen, in Halle ein Reichsfecht-schulehaus zu errichten, ist dem Verband Halle-Thüringen gegeben. Da bei einmaligen Erfolgen des Verbandes zugleich die keine erzwungenen Rechte eingehen, so muß mit allen Mitteln darauf hinarbeitet werden, daß der Verband Halle-Thüringen in keiner Weise Gefahr aus einer der einflussreichsten Glieder des Gesamtvereins erhalten bleiben.

Die halbesche Bürgerfucht, die dem Verband bisher so treulich unterstützt hat, wird deshalb vom Besten der Stadt um Bewahrung der Sympathie für die erfolgreichen zukünftigen, lokalpolitischen Betreibungen des Verbandes Halle-Thüringen, welcher unter dem Ehrenpräsidium des Herrn Oberpräsidenten der Provinz, Erzlegen von Engel, lebend, neuerdings eine Reihe von hochgestellten Personen als Ehrenmitglieder und Förderer gemann und der Unterstützung des in Halle gegründeten Reichsfecht-schulevereins teilhaftig sein soll, dringend gebeten.

Verein für Naturkunde.

In der jüngsten Sitzung gab Herr Bernau kurzen Bericht über seine Reise nach Afrika; besonders über seinen Aufenthalt in und bei der Oase Biskra. Reismenge, Sand, Klima und Bevölkerung wurden in den Ausführungen erwähnt. Colocynthis und Achia horrida wurden demonstriert; lebende Sarcobata zeigten ihre Künfte. Die dort gelesene Palmweide (Aromatis) konnte lebend nicht gezeigt werden, da ihr die Ueberfahrt schlecht bekommen war. Ausführlichen Vortrag versprach Herr Bernau für eine andere Sitzung.

Sehr seltene Vögel von Aquarien und Terrarien zeigte Herr Schortmann. Einige von diesen Tieren sind in Deutschland nur im Besitz dieses Herrn. Bantodon Buchtlozi — Iphidina ramentosa — Semiramis unicolora — Rallora ephalotina — Aktator Molossus Schappachtschilde.

Herr C. Meyer sprach einige Arbeiten aus dem im Französischen Verlage erschienenen Mikroskopium von Dr. Reij. Außerdem legte er naturwissenschaftliche Werke vor, von denen einige für die Vereinsbibliothek angeschafft werden sollen.

Herr Brühke zeigte und erklärte farbige Mikrophotographien — Platin, Cyanammonium und Hippuralkali in Polarisationmikroskop — hergestell für seine Arbeit in der Nat. Wochenschrift. Die Verwendung der Autocomplate in der Mikrophotographie. Nächste Sitzung 13. Mai.

Beiratsstag der Bäderinnungen, Anhalt und Thüringen im Zentralverband der Deutschen Bäder-Innungen „Germania“ hält seinen diesjährigen Beiratsstag in Eisenach ab.

Provinzial-Nachrichten.

Gemeindevertreter-Versammlung.

Stadewell, 1. Mai. In der letzten Gemeindevertreter-Versammlung, die im Lübbenerischen Gasthofe stattfand, wurde der Ueberlandzentrale die Genehmigung erteilt, für ihre Leistungsbüchse in der Brudorfstraße Gittermaßen aufzustellen, doch unter der Bedingung, daß bei künftigen Veränderungen das Versehen der Träger auf Kosten der Ueberlandzentrale geschieht. Für den Ausbau der Straße Jendorf-Brudorf wurden 1500 M. bewilligt. Der zum Teil veränderte Wortlaut der Kanalfluggebuhr wurde angenommen.

Auf ein Schreiben des Kgl. Landratsamtes betreffend Beteiligung der Gemeinde am Bau der Elstertalbahn wurde am Beschluß vom 8. August 1910 festgehalten mit der Begründung, daß für die Gemeinde ein so großes Interesse an Projekte, wie allgemein angenommen wurde, nicht vorliege. Auch Gemeindevorsteher, deren Grund und Boden für das Projekt in Frage kommt, landen nicht bereit, das Unternehmen zu unterstützen. Die Gemeinde erteilt sich aber bereit, für 25 000 M. Aktien zu übernehmen.

Die Regelung der Schulfachschulung einiger benachbarter Betriebsgemeinden kam zur Beratung und Abstimmung. Den Verkauf einer zweiten Baustelle an der alten Kiesgrube wurde zugestimmt. Gleichfalls wurde der Preis der dritten und letzten Baustelle festgelegt. Zwei unterstützungsberechtigten Kinder sollen auf Gemeindefosten die Waldverholungsstätte in der Döbener Heide besuchen. Zum Schluß wurden die Beschlüsse der Kanalkommission angenommen.

Zum Mord an dem Rentempfänger Codd in Dresden.

Die Vermutung der Polizei, daß der Rentempfänger Codd, der seit Mitte des vorigen Monats verschwunden war, das Opfer eines Verbrechens, des Grünwarenhändlers Göhler, geworden sei, hat sich nunmehr bestätigt. Die Leiche Totds wurde Montag in dem Garten Göhlers aufgefunden. Wie bereits ausführlich berichtet worden ist, war Göhler als der Tat dringend verdächtig am vorvergangenen Sonnabend verhaftet worden. Er leugnete zwar aufs entschiedenste, den Mord begangen zu haben, jedoch häuften sich die Verdachtsmomente gegen ihn nicht täglich. Göhler befiht an der Fritz Reuterstraße in Dresden einen Schrebergarten, der seit einigen Tagen von der Kriminalpolizei einer genauen Unteruchung unterzogen wurde. In dem getriggten Nachmittagsstunden hatten nun die Nachforschungen Erfolg. Man fand die Leiche Totds in dem Garten verhaftet, etwa 3 1/2 Meter tief. In dem Garten befinden sich sehr viele alte Gefäße und sonstigen Gerümpel, sowie ein Holzschuppen. Man vermutet, daß Totb in diesem Schuppen ermordet und beraubt worden ist und daß der Mörder dann die Leiche in die Mitte des Gartens schleppte, wo er sie begrub. Es wurden sofort photographische Aufnahmen vorgenommen und dann die Leiche nach dem Sektionsale des Gerichtsgebäudes gebracht. Dort ist der Mörder, der bis zuletzt die Schuld abgelehnt hat, heute früh vor die Leiche gestellt worden. Ueber das Ergebnis ist noch nichts bekannt.

Freunburg, 2. Mai. (In einer Tanne hängen) wurde hier im Wolfental der Leichnam eines etwa 60-62 Jahre alten Mannes, der Kleidung nach dem Handelsreisenden angeht, aufgefunden. Da Papiere fehlten, konnte die Persönlichkeit des Selbstmörders, der noch 150 M. bei sich führte, nicht ermittelt werden.

Wittenberg, 2. Mai. (Eröffnung des Bahnhofs Reinsdorf.) Die Königlich Preussische Eisenbahnverwaltung in Halle a. S.,

teilt mit, daß am 1. Mai d. J. der zwischen den Stationen Krieten und Koflau (Anh.) rechts der Bahnhofs-Stationen erbauten Bahnstrecke des Personen-, Gepäck-, Post- und Frachtverkehrs sowie für die Abfertigung, Abgabenabgabe und Gütertransport eröffnet wurde. Die Abfertigung des Frachtverkehrs erfolgt in Krieten, die Beförderung von Frachtpersonen ist bis auf weiteres ausgeschlossen.

Kunst und Wissenschaft.

Stammbücher-Auktion.

Unter lebhafter Teilnahme von auswärtigen Händlern konnte Museumsdirektor Jand Dienstag bei C. G. Börner in Leipzig die Auktion der Stammbücher-Sammlung von Friedrich Wagnere (Berlin) in. Das höchste Preis erzielte das Stammbuch des Franz v. Domsdorff, und zwar 10 250 M. Es ist dies der höchste Preis, der überhaupt für ein Stammbuch bezahlt worden ist. Das Stammbuch des Philipp v. Damm brachte 8300 M. Das Stammbuch des Majors Georg Werner ging für 1850 M. in den Besitz des Germanischen Nationalmuseums Nürnberg über.

Prof. Otto Rueger v. aus Stuttgart meldet der Draht, daß der bekannte Technologie und technische Professor des Maschinenbaus an der dortigen Technischen Hochschule, Dr. Otto Rueger, nach längerem Leiden gestorben ist.

Die erste Jahresausstellung in Berlin. Im Herbst dieses Jahres soll die schon oftmals geplante erste große Jahresausstellung nach dem Muster der Pariser und Münchener Veranstaltungen in Berlin stattfinden. Die Bereinigung bildender Künstler Berlins wird demnach eine vorbereitende Verammlung einberufen.

Eine Universität Hamburg. Der jeit langem erörterte Plan einer Universität der Hansestadt Hamburg scheint jetzt endlich die Vorarbeiten zu haben. Der Hamburger Senat hat nach längerem Vorberathen beantragt, es möge eine aus neun Mitgliedern bestehende Kommission von Bürgern und Angehörigen der Universität, Senat, Fakultäten und Studenten, um über die geplante Universität Hamburg vertraulich zu beraten. Das Zustandekommen der Universität dürfte sich heute geltend sein.

Die Generalversammlung der Goethe-Gesellschaft tritt am 3. Juni in Weimar zusammen. Die Festrede über „Goethe und Bismarck“ hält Professor Dr. R. v. Scharf. In Aussicht genommen ist ein Nachmittagsfest in Bad Zwickau und ein Abendessen im großen Kurhaus. Die Festversammlung im Hoftheater (am 2. oder 4. Juni) ist noch nicht bestimmt; von mehreren Seiten wird Goethes „Natalische Tochter“ als solche gemüthlich.

Theater und Musik.

Sperrte über die Wiener Volkssperre.

Der Direktor der Wiener Volkssperre Simon hat die Ansicht, an Stelle seines Wiener Orchesters das Münchener Tonkünstler-Orchester zu engagieren. Ohne dem Direktor eine Antwort zuzukommen, teilte das Orchester dem österreichischen Musikerverband diesen Antrag mit, mit der Bitte, sofort die internationale Sperrte über die Volkssperre zu verhängen. Diese Sperrte wurde auch tatsächlich telegraphisch verhängt. Der Direktor hat ein zweites Orchester des Berliner Theatergenossen, ein anderes Orchester zu beschaffen, bereit. Simon mußte deshalb wieder mit seinem Orchester in Unterhandlungen treten.

Bühnendramatik.

Kapellmeister Waghalter von der Berliner Komischen Oper wurde als erster Kapellmeister, Gullitt von der Berliner Königl. Oper als zweiter Kapellmeister des Essener Stadttheaters engagiert.

Wie die „W. N.“ erfahren, ist die Beratung des heranzutragenden Räte-Dirigenten die Sache für das Leipziger Stadttheater nunmehr doch gesichert. Laßes Vertrag in Köln ist zwar noch nicht gefestigt, aber die Verhältnisse liegen günstig, so daß der Genehmigung seines Entlassungsgeldes nichts mehr im Wege steht. Sobald diese Formalität vollzogen sein wird, kann der Vertrag mit Leipzig zum Abschluß gebracht werden. Ueber die Gage, die der Operndirektor Otto Lohse beziehen wird, steht noch nichts fest. Es ist sicher, daß er an dem je höher rangierenden Leipziger Stadttheater einige tausend Mark mehr verdienen wird als in Köln.

Zur Aufführung in dem Freilichttheater auf dem Brauhauseberge bei Potsdam ist das Heimalstpiel „Der eiserne Heiland“ bestimmt. Die Vorstellungen finden an jedem regnerfreien Sonntag statt. Der Zuschauerraum faßt 1600 Personen. Die Zahl der mitwirkenden Künstler beläuft sich auf 30 und der Monatsetat beläuft sich auf 20 000 Mark.

Die Eröffnung des neuen hannoverschen Theaters, der „Schauburg“, wird am 13. Mai mit einer Fankonzert-Veranstaltung erfolgen. Am zweiten Abend der Eröffnungsmoche findet die Uraufführung von dem Theodor Ritter verfassten und von Hermann Wittig in Musik gesetzten Operette „Die Liebesjagd“ statt. Die Operette erscheint im Verlag einer in Hannover eigens zu diesem Zweck gegründeten Gesellschaft.

R. aus Hamburg wird berichtet: Das Fortbestehen des Neuen Operettentheaters und des Deutschen Operettentheaters (Direktion Bendiner und Philip), die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden, ist gesichert. Die Aufsichtsratsmitglieder der kürzlich begründeten Operettentheaters-Gesellschaft hatten eine Gläubigerverammlung einberufen, in der ein effizienter Gläubigerausgleich gemacht wurde, der mit dem Aufnahmestellen zusammenarbeiten soll, um die Gläubiger aus den Aufnahmestellen der Theater voll zu befriedigen.

Nach einer Meldung aus Wien war der Uraufführung der dreitägigen Komödie „Die Götter von Schiller“ von Rudolf Strauß auf der Wiener Reichsbühne ein freundlicher Erfolg beschieden. Die Komödie ist eine etwas bittere Satire auf den Parlamentarismus.

Luftschiffahrt.

Ausflug der „Deutschland“.

Das Luftschiff „Deutschland“ unternahm Dienstag um 10 Uhr vormittags einen Ausflug von Düsseldorf aus. Die Fahrt ging bis Opladen. Nach einer längeren Kreuzfahrt über der Stadt erfolgte nach 12 Uhr die Rückkehr zum Aufstiegsplatz und eine glatte Landung.

Vermischtes.

Der Lichtenberger Mord

hat trotz eifrigster Nachforschungen der Kriminalpolizei noch immer keine Aufklärung gefunden. Die bisher verfolgten Spuren haben leider nicht zur Ermittlung des Täters geführt.

Eine ganze Anzahl früher bei Mord begünstigter gemeiner Gesellen, die zur Polizei führt und eingehend vernommen wurden, konnten, wie die „Post“ berichtet, sämtlich einwandfrei ihr Alibi nachweisen. Die zweite Richtung, in der die Untersuchung geführt wird, bezieht sich auf den Verkehr des Schächtermeisters Kidel in einem Lokal der Eidenauerstraße. Wegen dieses Verkehrs, bei dem auch eine Frauensperson eine Rolle spielt, hat es zwischen dem Kidelischen Ehepaar häufiger Epiene gegeben. Vor den Gängen des Lokals soll M. sich mit seinem Geliebten häufig und diesen je Gelegenheit gegeben haben, seine pekuniären Verhältnisse kennen zu lernen. Die diesbezüglichen Nachforschungen sind noch im Gange.

Bei der Lichtenberger Kriminalpolizei haben sich auch inzwischen einige Zeugen gemeldet, die ziemlich wichtige Beweismomente gemacht haben. So will ein Bewohner des Hauses Mangerstr. 25 am Morgen gegen 1/8 Uhr vor dem Hause Nr. 24 einen jungen Mann von etwas über 1,70 Meter Größe, schlanker Statur, mit samalem Gesicht, blondem Haar und Bart in grünfarbenerm Jackettanzug und schwarzem Hut gesehen haben, der dem in Begleitung ihrer Verwandten wiederkehrenden Aufwartensmädchen nachsah, und der dann eiligst verschwand. Nach diesem jungen Manne sowie einem zweiten, der das Aussehen eines Schächtermeisters hatte und den man etwa 10 Minuten nach 1/8 Uhr aus der Mangerstraße über die Frankfurter Allee flüchtig laufen und dann auf einem Straßenbahnwagen der Linie 68 springen sah, wird eifrig geforscht.

Ein Giftmordprozess in der Petersburger Gesellschaft.

In der Petersburger Gesellschaft spielt ein neuer Prozess, dessen Inhalt hart an das Verbrechen Raskolnikoffs de Paris erinnert.

Im Februar dieses Jahres starb ganz plötzlich ein Lebensstücker, als Mitglied des Kriegsrates sehr bekannter General. Nach einem guten Frühlingsurlaub unternahm er den gewöhnlichen Spazierritt; plötzlich fiel er totlos vom Pferde. Die schnell herbeigekommenen Ärzte konstatierten das Verbrechen. Nach der Beerdigung des Generals ging dem Oberstaatsanwalt ein anonymes Schreiben zu, in dem verheißt wird, daß der lebensfrische 74jährige General, der Besitzer mehrerer Millionen in sei, seines natürlichen Todes gestorben, sondern vergiftet worden sei. Es begann eine strenge Untersuchung, welche resultatlos verlief. Neuerdings hat die Tochter des Generals eine gleiche Anlage gegen ihre junge Stiefmutter erhoben. Der General hat ein Testament hinterlassen, in dem seine Kinder und Kindeskinde unterteilt und seine dritte Frau zur alleinigen Erbin von 5 Millionen Rubeln eingesetzt wird. Die Tochter behauptet nun, daß die Stiefmutter den Vater durch vergifteten Schinken aus der Welt geschafft habe. Die Ermunterung der Leiche des Generals ist, wie der Korrespondent des „R.“ meldet, bereits angeordnet worden. Die beschuldigte Gattin wird demnach und soll bei einem Nachverhör verhaftet werden.

Eine Millionärin in Lumpen.

Miß Jane Williams, die Besitzerin eines in sicheren Papieren angelegten Vermögens von über 4 Mill. M., wurde in New York in völlig verarmtem Zustande in einer Tri Schuppen entdeckt, der seit 10 Jahren ihre Behausung gebildet hat. Sie lebte dort vornehmlich von Brot und Milch. Für die Zubereitung warmer Kost, die sie sich nur selten erlaubte, bediente sich die Millionärin eines verrosteten Eisenofens. Als Lagerstätte diente ihr ein altes, geschliffenes Sofa, unter dessen Unterlage die Frau ihre Kleider vergrub.

Ihr großes Vermögen verbaute Miß Jane, wie jetzt der „Tag“ erzählt, ausschließlich eigener thätiger Arbeit. In Spekulation in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Bis vor einem Jahrzehnt war Miß Williams eine der besten finanziellen Figuren in Wallstreet. Jetzt hat man sie zur Beobachtung ihres Geisteszustandes, in dem sich seither offenbar mehr als eine Schraube gelockert hat, in ein Irrenhaus geschafft.

Ein Held.

Von einer selbstlosen Mannesthat erfahren wir aus Essen: In einem Eisenbahnübergang bei Essen lief am Montag ein Kind durch die gelockerte Schranke auf die Gleise, als eben der Zug heranbrause. Der Bahnhüter sprang herbei, um das Kind fortzureißen. Er wurde jedoch selbst von der Maschine erfaßt und getötet; das Kind ist gerettet.

Ein Monument auf dem Rennplatz. Die Idee der Blumenlage hat sich jetzt auch den Lauf erobert. Die Hoppengartenere Salon wird am nächsten Sonntag durch einen Margaretenag auf dem Rennplatz eröffnet werden. In den Pausen zwischen den einzelnen Rennen werden von jungen Damen aus Hoppengarten und Pausen Blumen und Aufmerksamkeiten mit Aufnahmen des Kronprinzen von seiner Inhabere verkauft werden. Von den Einnahmen werden zwei Drittel dem Verein Frauenhilfe in Dahlwitz-Hoppengarten, ein Drittel dem Berliner Säuglingsheim überwiesen.

Eine iridicantische Woche in Potsdam. In diesem Sommer wird die „P.“ schreibt, die Zeitung der deutschen Heimaltspiele aus Anlaß des im Winter nächsten Jahres wiederkehrenden 200jährigen Geburtstages Friedrich des Großen eine iridicantische Woche unter dem Patronat der Stadt Potsdam veranstalten. Von dem geplanten Festprogramm ist eine iridicantische Parade, an der 1000 Personen teilnehmen in Kostümen aus der Zeit des Alten Fritz, ferner ein Festzug durch die Stadt in Aussicht genommen.

Ein roter Burche. In der Böhler Heide schoß, wie aus Hagen i. W. telegraphiert wird, am Montag nachmittags ein 16jähriger Lehrling nach Spanien. Ein vorübergehender Schloßer machte den Burchen auf das Gefährliche seines Treibens aufmerksam. Als der Mann davonging, richtete der Bengel die Waffe gegen ihn und schoß ihm von hinten in den Kopf. Der Mann, ein Familienvater, starb im Krankenhaus.

Todesprung von der Donaubrücke bei Regensburg. Von der 40 Meter hohen Eisenbahnbrücke am jenseitigen Ufer der Donau bei Regensburg sprang ein sechzehnjähriges Mädchen aus Regensburg in die Tiefe, blieb aber an Telegraphendrähten hängen und stürzte

dem erst ab. Sie wurde tödlich verletzt in das Krankenhaus nach Regensburg gebracht. Die Tat erfolgte aus Liebes-tümmern.

Der Neger als Entführer. Unter dem bringenden Verdacht der Verschleppung eines Kindes wurde der Neger John Franklin aus der Britenkolonie in Berlin verhaftet. Der Schwarze hatte sich an das fünfjährige Töchterchen eines Malers herangemacht. Er lodte die Kleine an sich und versuchte sie zu verschleppen. Der Vater des Kindes, der glücklicherweise von dem Vorgang Kenntnis erhielt, verfolgte den Neger und es gelang ihm auch, ihn zu ermitteln und der Polizei zu übergeben. Bei seiner Verhaftung bemerkt sich der Schwarze äußerst rentent.

50 000 M. unterschlagen. In Homel wurde Dienstag früh der Buchhalter Kössen von der Maschinenfabrik Reutter & Keilert wegen Unterschlagungen in bedeutender Höhe verhaftet. Man spricht von etwa 50 000 M. Kössen lebte auf großem Fuße.

Ein Priester während der Predigt ermordet. Wie die Blätter aus der spanischen Drifflot Motril (Granada) melden, wurde dort der Priester Faragutti, während er von der Kanzel eine heilige Predigt gegen die Pöbeln hielt, von mehreren Pöbeln überfallen und durch Messerhiebe getötet. Die Mörder schickten den Leichnam unter dem Befehl der Menge durch die Straßen und wurden von der Bevölkerung gefolgt, als die Genarmerte sie festnehmen wollte.

Letzte Nachrichten.

Flammentod dreier Personen.

Brüssel, 2. Mai. Bei einer Feuersbrunst, die heute in den Morgenstunden in einer Färberei ausbrach, wurde außer dem Untergebäude, in dem die Färberei untergebracht war, auch das Vorderhaus völlig eingeeiert. Im letzteren geriet zuerst die Treppe in Brand, so daß vielen Beobachtern der Weg zur Rettung abgeschnitten wurde. Nur unter größten Anstrengungen gelang es der Feuerwehr, die Herabfall der Bedrohten in Sicherheit zu bringen. Zwei Kinder und deren Großmutter erlitten den Tod in den Flammen. Eine Frau, der das Feuer furchbare Wunden beibrachte, konnte im letzten Moment noch in Sicherheit gebracht werden. Die Nachbarnhäuser haben ebenfalls durch das Feuer sehr beträchtlichen Schaden genommen.

Unterschlagung südtischer Gelder

H.T.B. München, 2. Mai. (Privattelegramm.) Wie der „Bay. Cour.“ meldet, wurden in Burghausen durch eine noch nicht zum Abschluß gebrachte Revision der südtischen Kassen Unterschlagungen, begangen während der letzten 3 Jahre, in der Höhe von 12 000 Mark aufgedeckt. Man befürchtet, daß die Veruntreuungen noch eine größere Summe ereignen werden, da z. B. von einer südtischen Kasse seit 5 Jahren die Besätze fehlen. Es ist zu erwarten, daß die noch im Sommer 1899 der größte Teil unterschlagen wurde.

Streichende.

Ludwigshafen, 2. Mai. Die Einigungsbedingungen im Hosenarbeiterstreik sind zum Abschluß gekommen. Durch gegenseitige Zugeständnisse wurde eine Basis geschaffen, auf deren Grund die Beilegung des nun seit 3 Wochen währenden Ausstandes erfolgen konnte. Die Arbeit wird morgen in allen Betrieben wieder aufgenommen.

Aviatischer Weltrekord.

Paris, 2. Mai. Der Aviatiker Labouagne durchflog auf einem Doppeldecker die Strecke Lunijon-Flly les Moutiers in 11 Minuten. Es ist dies die bisher erzielte schnellste Flugzeit. Labouagne schuf einen Weltrekord.

Vermischte Drahtnachrichten.

Berlin, 2. Mai. Die Gemahlin des Prinzen Friedrich Wilhelm, des jüngsten Sohnes des verstorbenen Prinzen Albrecht von Preußen, wurde heute nachmittag von einer Prinzessin entbunden.

Baden bei Wien, 2. Mai. Der 22jährige Ruchenbäder Bertold Marschid erschloß seine von ihrem Mann getrennt lebende Geliebte, die 26jährige Marie Kober auf der Straße und tötete sich dann selbst durch mehrere Schüsse in die Brust.

Geschäftsverkehr.

(Für die Veröffentlichung unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung.)

Glück im Unglück.

„Die Sauce so flau, und so traurig die Suppe! Was mach ich nur schmeckt!“ ein Frauen spricht. Sie findet ein Weibchen, dann laßt vor Vergnügen Sie über das ganze Angeficht:

„Wie kann ich nur Maggiss Würze vergessen, Die nie noch feste in meinem Hause!“ — „Dies Frauen“, spricht ärztlich der Gatte zu Wittig, „Das war heut mal wieder ein Götterglaube!“

Leitung: Wilhelm Georg; Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte, Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland und letzte Nachrichten: Paul Meckner; Neuesten, Vermischtes usw.: Martin Fuchtmann; für den Inseratenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Gendel. Erscheint in Saite a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.

